

POSTULAT von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich), Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen) und Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti)

betreffend Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest EBA

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie er die Grundbildung mit Attest im Kanton Zürich gezielt fördern will.

Insbesondere bitten wir zu prüfen,

- wie das neue Ausbildungsgefäss bei allen Beteiligten (Oberstufenschülerinnen und -schüler, Eltern, Lehrkräfte der Oberstufe, Verbände, potentielle Ausbildungsbetriebe) besser bekannt gemacht werden kann;
- wie die höhere Betreuungsintensität der EBA-Klassen bei der Festlegung der Klassengrösse an den Berufsschulen berücksichtigt werden kann;
- wie zusätzliche Ausbildungsbetriebe gewonnen werden könnten;
- welche Abteilungen der Verwaltung zusätzliche EBA-Ausbildungsplätze bereitstellen könnten;
- welche selbstständigen Betriebe des Kantons für die Ausbildung EBA gewonnen werden könnten;
- wie an Stelle der Anlehren in jenen Bereichen, für welche keine EBA-Ausbildung vorgesehen ist, Ausbildungsplätze für schwächere Schulabgängerinnen und Schulabgänger angeboten werden könnten.

Susanna Rusca Speck
Markus Späth-Walter
Karin Maeder-Zuberbühler

Begründung:

Die neue zweijährige Grundbildung mit Attest soll spezifisch für die schwächeren Schulabgängerinnen und Schulabgänger angeboten werden. Dieses neue, nach oben durchlässige Berufsbildungsgefäss hat im neuen Berufsbildungsgesetz die Anlehre abgelöst und verdient mit Blick auf die Schwierigkeiten sozial benachteiligter Jugendlicher, den Einstieg in die Berufsbildung zu finden, eine grosszügige Förderung. Insbesondere ist darauf zu achten, dass nicht stärkere Schülerinnen und Schüler in diese Ausbildung drängen.

Im Moment tun sich viele Berufsverbände (Organisationen der Arbeitswelt, OdA) aber noch schwer, Attest-Ausbildungen anzubieten, obwohl eine grosse Nachfrage nach solchen Ausbildungsplätzen besteht und die bisherigen Erfahrungen ausgesprochen positiv sind. Die Lehrstellenkonferenz, die das Mittelschul- und Berufsbildungsamt am 26. Oktober 2007 im Rahmen der zweiten Berufsmesse organisiert hat, machte deutlich, dass die neue Ausbildung noch viel zu wenig bekannt ist und viele potentielle Ausbildungsbetriebe die Schaffung von EBA-Lehrstellen noch kaum ernsthaft in Betracht gezogen haben. Andere scheinen zu befürchten, den für einen erfolgreichen Abschluss notwendigen Betreuungsaufwand nicht aufbringen zu können. Viele interessierte Jugendliche finden deshalb nur schwer einen Lehrbetrieb für eine EBA-Ausbildung.

Die Berufsentwicklung war unter dem alten Gesetz eine Aufgabe der OdA und des Bundes. Mit dem neuen BBG sind die Kantone zu gleichwertigen Partnern geworden. Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die neue Ausbildungsform in den angesprochenen Bereichen durch den Kanton gezielt gefördert werden könnte.